

**Frankfurter  
Montags-  
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen  
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Der neue westliche  
Interventionskrieg in Mali**

Egbert Jahn

4. Februar 2013

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn  
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Robert-Mayer-Str. 5  
D-60054 Frankfurt  
Tel.: +49-69-798 22667 (Sekretariat)  
Fax: +49-69-798 28460  
E-mail-Adresse: [e.jahn@soz.uni-frankfurt.de](mailto:e.jahn@soz.uni-frankfurt.de)  
[http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut\\_2/ejahn/](http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut_2/ejahn/)

## **Zusammenfassung**

Am 11. Januar 2013 hat Frankreich mit politisch-moralischer Unterstützung der Regierung und großer Teile der Bevölkerung Malis, der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, der EU, der NATO und des VN-Sicherheitsrates eine neue westliche Militärintervention begonnen, offenbar kurz vor einem bevorstehenden Vormarsch auf die Hauptstadt Bamako durch eine Koalition islamistischer Rebellen-Verbänden, die infolge des Zerfalls des Regimes von Muammar al-Gaddafi in Libyen sehr gut bewaffnet sind. Andere europäische Staaten und die USA haben mit der logistischen Unterstützung der zunächst 2.500 Mann starken französischen Truppe begonnen. Soldaten aus mehreren westafrikanischen Staaten und aus dem Tschad sollen den französischen und malischen Truppen beistehen. Aus den vom französischen Außenminister Fabius angekündigten „wenigen Wochen“ der militärischen Intervention werden vermutlich viele Monate und Jahre werden. Weitere Staaten werden ihre Truppen nach Mali senden. Islamisten haben bereits begonnen, ihre Terroraktionen zur Unterstützung der islamistischen Rebellen in Mali auf andere Länder auszudehnen, beginnend mit Algerien.

Die umfassende militärische Internationalisierung des Bürgerkriegs in Mali ruft bereits Assoziationen zu anderen Militärinterventionen hervor. Die Sicherheit Deutschlands, heißt es bereits, müsse nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Mali verteidigt werden. Vorerst soll dies nur durch die Bereitstellung von Transportflugzeugen für die westafrikanischen Truppen geschehen. Aber mit einer baldigen französischen Bitte um weiteren militärischen Beistand ist zu rechnen. Andere Stimmen befürchten, daß Frankreich zu schwach sei, den Krieg zu gewinnen, so daß letztlich die USA, wie seinerzeit 1954 in Indochina, eingreifen werden. Vorerst sind sowohl die militärischen wie die politischen Ziele der französischen und westafrikanischen Militärintervention ziemlich unklar. So ist wohl ein neuer monate-, wenn nicht jahrelanger westlicher Interventionskrieg, diesmal mit politischer Unterstützung Rußlands und Chinas und damit auch des VN-Sicherheitsrates, zu erwarten.

Die Alternative zur Ausweitung des Krieges wären eine enge Begrenzung der militärischen Zielsetzung und Verhandlungen mit den Mächtigen in Nordmali in Verbindung mit einem umfangreichen ökonomischen Entwicklungsangebot, um dem extremen Islamismus die personellen Ressourcen in einer Bevölkerung zu entziehen, die unter extrem hoher Arbeitslosigkeit und der Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktionsflächen infolge der Klimaveränderung und unrationeller Bodennutzung leidet. Gelingt es nicht, die militärisch-politische Konfliktregulierung in Mali den Parteien des Landes und den afrikanischen Nachbarstaaten zu überlassen, so wird die Gefahr von islamistischen Terroranschlägen in Europa steigen.

## 1 Die französische militärische Intervention „in letzter Minute“

Seit der Ausrufung des unabhängigen Staates Azawad der Tuareg im dünn besiedelten Norden Malis am 6. April 2012 war mit einer internationalen militärischen Intervention in Mali zu rechnen,<sup>1</sup> da kein Staat in Afrika und der übrigen Welt bereit war, den neuen Staat anzuerkennen und der neue De-facto-Staat keinen starken, schützenden Protektorstaat hatte, wie ihn alle anderen, über längere Zeit existierenden De-facto-Staaten besitzen. Die malischen Streitkräfte schienen auf absehbare Zeit nicht in der Lage, allein die territoriale Integrität ihres Staates wiederherzustellen. Unklar war jedoch, welche Staaten ein massives Interesse an einer Intervention haben könnten, die arabisch-nordafrikanischen, die afrikanischen der Sahelzone, Frankreich und andere NATO-Staaten? Bereits zwanzig Tage nach der Unabhängigkeitserklärung beschloß die aus 15 Staaten bestehende Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (*Economic Community of West African States*, ECOWAS) die Entsendung von 3.000 Soldaten zur Stabilisierung des Staates Mali und zur Wiederherstellung seiner territorialen Integrität. Sie sollten zur Reorganisation und Ausbildung der Streitkräfte Malis beitragen. Parallel dazu waren Verhandlungen mit den neuen Machthabern in Azawad vorgesehen, die jedoch von den Aufständischen zum Ausbau ihrer Macht im Norden genutzt wurden. ECOWAS wollte sich allerdings Zeit mit der Entsendung der Truppen bis September 2013 lassen, da noch keine Einigkeit über die Finanzierung der Militärmission hergestellt werden konnte und das Ende der nächsten Regenzeit, die militärische Bewegungen in den Sommermonaten im Süden Malis ungemein erschweren würde, abgewartet werden sollte. Der VN-Sicherheitsrat unterstützte dieses Vorhaben in seiner Resolution 2056 vom 5. Juli 2012, wobei er deutlich zwischen „Rebellen“, also Separatisten, d. h. Verfechtern der Unabhängigkeit Azawads, mit denen eine politische Lösung des Konflikts in Nordmali angestrebt werden müsse, und „Terroristen“, also Islamisten der *Al-Qaida*, die weiterreichende gesellschafts- und regionalpolitische Ziele verfolgen und als Kriminelle zu bekämpfen seien, unterschied.<sup>2</sup>

Diese Pläne wurden infolge eines Macht- und Politikwechsels in Azawad über den Haufen geworfen. Die Ende 2011 gegründete Unabhängigkeitsbewegung *Mouvement National de Libération de l'Azawad* (MNLA), die die Unabhängigkeit Azawads proklamierte, spaltete sich. Einer ihrer Führer, Iyad Ag Ghaly, hatte 2012 in Pakistan zum „wahren Glauben“ gefunden und eine islamistische Gruppierung unter dem Namen *Ansar al-Din* („Unterstützer des Glaubens“) gegründet.<sup>3</sup> Sie entmachtete in Verbindung mit „Al-Qaida im Islamischen Maghreb“ (*Al-Qaida au Maghreb islamique*, AQMI),<sup>4</sup> die von einem Algerier geführt wird, und mit der „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (*Mouvement pour l'unicité e le jihad en*

*Afrique de l'Ouest, Mujao*), die von einem Mauretanier geführt wird, die *MNLA* schrittweise bis Ende Mai und führte eine brutale, fundamentalistische Auslegung der Scharia in Azawad ein. Mujao ist eine erst 2011 entstandene Abspaltung der *AQMI*.

Die neuen islamistischen Machthaber in Azawad, in deren bewaffneten Verbänden sich auch viele Ausländer aus den Nachbarländern, aber auch aus Staaten wie Saudiarabien, Jemen, Somalia und Pakistan befanden, waren nicht an einem separaten, von den Tuareg beherrschten Staat interessiert, sondern wollten ein islamistisches Regime in ganz Mali errichten. Unklar ist, ob außer Tuareg und Arabern auch andere ethnische Gruppen in den islamistischen Verbänden engagiert sind. Vor den Machhabern Azawads flohen Hunderttausende aus dem Norden, außer einigen Tuareg vor allem Songhai und andere im Norden lebende Schwarzafrikaner, so daß der Konflikt in Mali eine starke makroethnische Komponente hat.<sup>5</sup> Die Ortsangaben in den Namen der aufständischen Organisationen („Westafrika“ meint wohl die Subsahara-Region des ECOWAS-Gebietes; „Maghreb“ ist vom Wort „Westen“ abgeleitet und meint das arabisch-berberische Nordafrika ohne Ägypten) deuten darauf hin, daß sie auch die bestehende Staatenordnung in West- und Nordafrika nicht akzeptieren, doch ist in den deutschen Medien bisher noch nichts über die internationalen politischen Ziele der islamistischen Gruppierungen mitgeteilt worden. Auch die nigerianische Islamistengruppe „Westliche Erziehung ist sündhaft“ (*Boko Haram*)<sup>6</sup> soll sich an den militärischen Aktionen in Mali beteiligen.

Bald nach Jahresbeginn 2013 begannen rund 1.200 islamistische Kämpfer auf mit schweren Waffen ausgerüsteten Pritschenwagen (Pickups) und in einigen von den malischen Streitkräften erbeuteten Schützenpanzern den Vormarsch auf einige zentrale Ortschaften in den südlichen Regionen auf der Straße nach Mopti und der Hauptstadt Bamako. In dieser Situation rief der malische Interimspräsident Dioncounda Traoré am 10. Januar 2013 Frankreich um militärische Unterstützung. Bereits am folgenden Tag rückten französische Streitkräfte „als Rettung in letzter Minute“<sup>7</sup> mit Kampfflugzeugen, die im Tschad, sowie mit Bodentruppen und Kampfhubschraubern, die an der Elfenbeinküste stationiert waren, gegen die islamistischen Kampfgruppen vor und befreiten innerhalb weniger Tage die umkämpften Ortschaften Konna, Diabali, Léré, Douentza. Anschließend begannen sie sogleich mit dem eigenen Vormarsch in die wichtigsten Städte des Nordens. Bomber aus Frankreich, die eine Überflugsgenehmigung von Algerien erhielten, griffen militärische Lager der Islamisten im Norden an. Anfangs wollte Paris 2.500 Mann nach Mali entsenden; inzwischen sind es weit mehr. Sie erhielten logistische Unterstützung durch die USA, Großbritannien, Belgien und Dänemark. Auch Deutschland entsandte erst zwei, dann drei Truppentransporter, die Truppen aus einigen ECOWAS-

Staaten nach Mali bringen sollten, erklärte jedoch, keine Kampftruppen entsenden zu wollen. Später folgte die Zusage, den malischen Streitkräften Lastwagen, Uniformen und Stiefel zu liefern. Schließlich erklärte sich die deutsche Regierung bereit, auch mit Tankflugzeugen den französischen Kampfflugzeugen beizustehen und 40 Soldaten in eine europäische Ausbildungsmission für drei malische Bataillone (*European Training Mission, EUTM Mali*) in Bamako zu entsenden. Dazu muß jedoch noch ein Bundestagsmandat eingeholt werden.

Der Konflikt in Mali erhielt eine zusätzliche internationale Dimension, als eine weitere islamistische Gruppe „Die mit dem Blut unterschreiben“ (*al-Muwaqqi'un bi-I-Dam*) unter der Führung Mochtar Belmochtars, die sich im Dezember 2012 von der AQMI abgespalten hatte, am 16. Januar die von einem internationalen Konsortium betriebene Gasproduktionsanlage Ain Amenas in Ostalgerien überfiel, zahlreiche Geiseln nahm und den Rückzug der französischen Truppen aus Mali verlangte.<sup>8</sup> Sie warf Algerien vor, die französische Intervention durch die Gewährung von Überflugrechten für Militärflugzeuge unterstützt zu haben. Die algerische Regierung, die sich in einem langjährigen barbarischen Bürgerkrieg von 1991-2002 gegen die algerischen Islamisten behauptet hatte, ging nach der Methode Putins gegen die Terrorkommandos vor: rücksichtslose Vernichtung aller Teilnehmer des Terrorkommandos unter Inkaufnahme des Todes von zahlreichen europäischen, japanischen und algerischen Geiseln.

Auf der staatlichen Ebene gab es von Regierungen und Internationalen Organisationen anfangs nur einhellige Billigung der militärischen Intervention Frankreichs und der ECOWAS-Staaten im malischen Bürgerkrieg. Die Präsidenten Ägyptens und Tunesiens kritisierten die Militärintervention erst mehrere Tage nach ihrem Beginn. Die Intervention in Mali besitzt völkerrechtlich einen anderen Charakter als viele andere Interventionen aus der Zeit nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, da sie auf Bitte der Regierung des Staates, in dem interveniert wird, erfolgt. Sie unterstützt also nicht die bewaffnete oder unbewaffnete Opposition gegen die Regierung wie seinerzeit in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak und in Libyen.

Der sozialistische Präsident François Hollande hatte lange Zeit beteuert, Frankreich werde nicht intervenieren und nicht die Rolle eines Gendarmen in seinem ehemaligen Kolonialreich übernehmen. Als er sich dann überraschend zur Militärintervention entschloß, fand er die Billigung von 75 Prozent der Franzosen. Dennoch gibt es in allen Ländern eine zumindest kleine, wenn auch bislang nicht öffentlich aktive gesellschaftliche Opposition gegen den neuen internationalen Interventionskrieg. Strittig sind folgende Fragen: War eine internationale Militärintervention überhaupt erforderlich und auch legitim? Falls ja, hätte nicht eine afrikanische Intervention, unter Umständen mit logistischer Hilfe europäischer Staaten ausgereicht? Falls

nein, hätten nicht von Anfang an europäische oder NATO-Streitkräfte intervenieren sollen, statt nur französische, die leicht in Verdacht geraten können, die französische Kolonialherrschaft in neuer Form wiederherstellen zu wollen? Hätte sich nicht Deutschland von Anfang an oder bald nach dem 11. Januar auch mit Kampftruppen an der Intervention beteiligen sollen? Da sich die USA im Malikonflikt wie im Libyenkonflikt offenkundig militärisch weitgehend zurückhalten wollen, dürfte bei einem längeren Anhalten und einer Ausdehnung der militärischen Auseinandersetzung in Mali die Frage nach einer stärkeren militärischen Beteiligung der Bundeswehr in Mali auch in Zukunft noch auf die deutsche Gesellschaft zukommen. Alassane Ouattara, Präsident der Elfenbeinküste und Vorsitzender der ECOWAS, hat bei seinem Besuch in Berlin vom 16.-18. Januar im Spiegel-Interview bereits unmißverständlich den Wunsch geäußert: „Deutschland muß sich mehr engagieren. Ich meine, auch mit Truppen.“<sup>9</sup>

Strittig sind ferner die Interessen und die Ziele, die bei der Militärintervention verfolgt werden, davon abhängig auch ihre Dauer. Wie weit muß die internationale und später die nationale militärische Kontrolle über das Staatsgebiet Malis räumlich und zeitlich ausgedehnt und effektiv sein, um behaupten zu können, daß die territoriale Integrität des Landes wiederhergestellt sei? Genügt die Kontrolle aller Städte und größeren Ortschaften? Bislang war nie irgendein Staat in der Sahara in der Lage, sämtliche landesinternen bewaffneten Aktivitäten, sei es krimineller, sei es tatsächlich oder vorgeblich politischer Art, zu unterbinden und seine Grenzen vor dem Überschreiten von bewaffneten Gruppen zu schützen.

## **2 Unerklärte und ungeklärte Ziele der Militärintervention**

Das erste Ziel der Militärintervention wurde bereits nach wenigen Tagen von den französischen Truppen erreicht: die Verhinderung des militärischen Vordringens islamistischer Kampfverbände von Azawad in den Süden und die Zurückdrängung derselben aus ihren wenige Tage zuvor in den südlichen Regionen errungenen Bastionen. Nach Verteidigungsminister Thomas de Maizières Aussage am 13. Januar war dies das dringend notwendige und alleinige Ziel des französischen Eingreifens.<sup>10</sup> Die weiteren Ziele wurden jedoch bisher im unklaren gelassen bzw. nur in sehr allgemeiner, unterschiedlich interpretierbarer Form angegeben: Wiederherstellung der territorialen Integrität des Staates Mali, Vernichtung des Terrorismus, Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung in Mali.

Präsident Hollande behauptete am 16. Januar: „Frankreich verfolgt keinerlei Interessen in Mali“.<sup>11</sup> Er sei "fest entschlossen, daß wir diese Terroristen auslöschen müssen, die die Si-

cherheit in Mali, in unserem eigenen Land und in Europa bedrohen", meinte jedoch Frankreichs Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian.<sup>12</sup> Diese markig-barbarische Ankündigung ist mit Sicherheit nicht realisierbar. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel begründete die deutsche Unterstützung der französischen Militärintervention mit den Worten: „Deutschland sieht die Sicherheit in der Region als einen Teil der eigenen Sicherheit an, weil natürlich der Terrorismus in Mali oder im Norden von Mali nicht nur eine Bedrohung für Afrika ist, sondern auch eine Bedrohung für Europa“.<sup>13</sup> Und der prominente deutsche Diplomat Wolfgang Ischinger meinte in einem Interview auf die Frage, ob Deutschlands Sicherheit nicht nur am Hindukusch, sondern auch in Timbuktu verteidigt werde: „Man kann über diesen Spruch von Peter Struck lange streiten, aber in Mali gilt er mindestens genauso wie in Afghanistan.“<sup>14</sup>

Der französische Außenminister Laurent Fabius stellte in der ersten Woche der *Opération Serval*, wie der französische Militäreinsatz nach einer Buschkatze benannt wurde, die kühne These auf, der militärische Einsatz sei „eine Frage von Wochen“,<sup>15</sup> während sich Präsident Francois Hollande noch drei Tage zuvor vorsichtiger ausgedrückt und gemeint hatte, der Einsatz werde so lange dauern „wie notwendig“.<sup>16</sup> Von Blitzkriegen und -siegen pflegt man seit alten Zeiten am Beginn von lang anhaltenden Kriegen zu träumen. Das hat sich im letzten Jahrzehnt nicht geändert. Aber manche Kriege waren tatsächlich recht kurz wie zuletzt der Libyenkrieg oder zuvor der alliierte Kosovokrieg. Die Dauer des internationalisierten Malikrieges wird, wie gesagt, von den konkreteren Zielen der Kriegführenden abhängen. Manche Kommentatoren sahen schon ein „neues Afghanistan“ auf den Westen zukommen.<sup>17</sup> Andere glaubten nicht an die militärische Stärke Frankreichs und sehen ein „neues Vietnam“ wie 1956 auf die USA zukommen, sollte der Malikonflikt für Frankreichs Truppen „eine Nummer zu groß werden.“<sup>18</sup> Dritte befürchten schließlich, daß Mali ein „neues Somalia“<sup>19</sup>, ein zerfallener Staat, werden könnte, in dem statt staatlicher Sicherheitsorgane einander bekämpfende Milizen die oberste Gewalt ausüben würden.

Zu den seltener ausgesprochenen Zielen des Malikrieges gehört auch die Stabilisierung der Regime und der territorialen Integrität der Nachbarstaaten, vor allem Nigers, Nigerias, Algeriens, Mauretaniens und Libyens, damit der staatlichen Ordnung im Nordwesten Afrikas. Vom extremistischen Islamismus fühlen sich alle Regime in der Region bedroht, auch wenn die reale Bedrohung oftmals auch Vorwand für die Verfolgung anderweitiger Ziele sein wird. So hat Frankreich durchaus auch starke ökonomische Interessen in Nordwestafrika über das politische Interesse an einer stabilen Region hinaus. Nicht weit von der Ostgrenze Malis entfernt wird in Arlit in der Wüste Nigers von der Firma Areva rund ein Drittel bis zur Hälfte des

Urans abgebaut, das Frankreich für den Betrieb seiner 58 Kernkraftwerke nutzt. Eine weitere Uranmine in Imouraren in Nordniger soll Ende 2013 in Betrieb genommen werden. Frankreich will in Zukunft diese Uranminen unter dem Eindruck des islamistischen Angriffs auf die Gasförderungsanlagen in Algerien durch eigene bewaffnete Verbände schützen.<sup>20</sup> Eine Eroberung der Uranlagerstätten durch islamistische Aufständische würde den energiewirtschaftlichen Nerv der französischen Wirtschaft treffen. Zudem sollen im Südwesten Malis in nächster Zeit weitere Uranlagerstätten ausgebeutet werden.

Kritiker der Militärintervention werfen die Frage auf, daß sie nichts an den Ursachen ändern könne, die zahlreiche junge Menschen in der Sahara und in der Sahelzone aus wirtschaftlicher Not und zum Teil auch wegen politisch-kultureller Unterdrückung in die Arme der Islamisten treibe. Drogen- und Waffenschmuggel sowie die systematische Entführung von Touristen, Ingenieuren, Arbeitern, Geschäftsleuten und Entwicklungshelfern aus den reichen Industrieländern zur Lösegelderpressung sei schon lange eine Hauptnahrungsquelle für viele Menschen in dieser Region, deren miserable sozioökonomische Lage sich durch eine verfehlte Entwicklungshilfe und durch die fortschreitende Wüstenbildung infolge des Klimawandels nur verschlechtere. Außerdem habe der Westen und darunter in zunehmenden Maße auch Deutschland durch seine Waffenexportpolitik nach Libyen und in die ganze Region die moderne Bewaffnung der Islamisten ermöglicht. Die wenigen Kritiker der Militärintervention Frankreichs und eventuell auch der ECOWAS sind zwar nicht in der Lage zu behaupten, daß eine Duldung der militärischen Expansion der Islamisten in der ganzen Großregion durch den Westen infolge von militärischer Nichtintervention humanere Zustände im nördlichen Afrika fördern werde, führen jedoch zahlreiche Argumente ins Feld, wie eine effektive internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik die Ursachen für die Rekrutierung so zahlreicher junger Männer in den islamistischen Kampfverbänden beseitigen könnte. Diese seien oft nur durch das Angebot eines verhältnismäßig hohen Solds oder durch schieren Zwang für die Kampfgruppen gewonnen worden, nicht durch eine langjährige islamistische Indoktrination, seien also auch wieder aus ihnen abzuwerben. Nicht die „Vernichtung der Terroristen“ müsse das Ziel sein, sondern der Entzug ihrer personellen Rekrutierungsbasen durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Bildungsmöglichkeiten. Wie in vielen anderen Konflikten können die Kritiker der Mali-Intervention darauf verweisen, daß für Kriege im Handumdrehen viele Millionen oder gar Milliarden in den Etats der westlichen Länder zur Verfügung stehen, während für die rechtzeitige sozialökonomische Kriegsprävention in den kriegsträchtigen Teilen der Erde nur Bruchteile dieser Summen aufgebracht werden.



### 3 Die brüchige Einheit des polyethnischen Staates Mali

Mali ist an Fläche etwas größer als Frankreich, Deutschland und Polen zusammen und umfaßt 1,24 Millionen qkm. Es hat aber nur 14,5 Mill. Einwohner (nach der Volkszählung von 2009), von denen 1,3 Mill. in den drei nördlichen Regionen Timbuktu, Gao und Kidal lebten. Die drei nördlichen Regionen heißen seit 1992 gemäß einem Pakt zwischen Regierung und Tuareg-Rebellen auch Azawad, d. h. Land der Wadis (Trockentäler) oder des Weidelands. Es umfaßt 731.000 qkm. Dieses Gebiet ist also an Fläche doppelt so groß wie Deutschland und weit größer als Frankreich. Allein die Region Timbuktu ist größer als Deutschland und hat nicht einmal so viel Einwohner wie Frankfurt.<sup>21</sup> Azawad besteht überwiegend aus Wüste und wenigen Oasen, am 6. April 2012 wurde es für unabhängig erklärt. Dies wurde von keinem anderen Staat anerkannt. In den anderen fünf Regionen und im Hauptstadtdistrikt lebt die große Mehrheit der Malier, die Hauptstadt Bamako selbst hat allein 1,8 Mill. Einwohner.

Das riesige Land Mali erstreckt sich über mehrere Klima- und Vegetationszonen. Der Norden besteht überwiegend aus Sand- und Felswüste mit wenigen Oasen. Nach einer semiariden Übergangszone der Steppen folgt im Süden des Landes eine subtropische Zone der Feuchtsavannen, die von dem großen Fluß des Niger und seinem riesigen Binnendelta zwischen Timbuktu und Ségou beherrscht wird. Nur hier ist Landwirtschaft möglich, darunter auch der Anbau von Baumwolle für den Export. Ausgeführt werden außerdem Phosphat und Gold. Mali ist der drittgrößte Goldlieferant Afrikas. China ist mittlerweile der größte Handelspartner Malis geworden. Das Land ist äußerst reich an Bodenschätzen, die jedoch bisher kaum genutzt werden. Allerdings sind die Explorationsrechte für fast das ganze Land schon an große internationale Konzerne vergeben worden.<sup>22</sup> Am Niger im äußersten Südwesten des Landes liegt auch die Hauptstadt Bamako. Das Bevölkerungswachstum ist sehr hoch (2,8 %), die Arbeitslosigkeit ebenfalls (30 %), die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 48 Jahre.

Die Republik Mali wurde 1960 unabhängig. Zuvor war sie seit 1893 französische Kolonie unter dem Namen Französisch-Sudan. Für das malische Nationalbewußtsein hat die Existenz eines islamischen Großreichs Mali von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis 1400 und danach des Songhai-Reiches bis 1591 eine große Bedeutung. In dieser Zeit wurde die Handelsstadt Timbuktu zu einem Zentrum der islamischen Gelehrsamkeit mit Ausstrahlung auf die ganze islamische Welt vom 15. bis zum 19. Jahrhundert.<sup>23</sup> Einige jahrhundertealte Mausoleen von islamischen Heiligen und eine Bibliothek mit wertvollen Schriften aus frühislamischer Gelehrsamkeit in Timbuktu wurden von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt. Sie haben außer der religiösen auch eine nationale Bedeutung. (Auf beide Funktionen zielte offenbar

ihre teilweise Zerstörung durch islamische Fundamentalisten). Vom Ende des Songhai-Reiches bis zur französischen Kolonialzeit war Mali auf mehrere Herrschaften verteilt. Die Einheit des heutigen Staates Mali mit seinen recht willkürlich gezogenen Grenzen, die z. B. das nomadisch genutzte Gebiet des Berbervolkes der Tuareg zerschneiden, wird dadurch erleichtert, daß rund 90 Prozent seiner Einwohner Sunniten sind, nur 5 Prozent Christen und die übrigen Anhänger animistischer Religionen. Mali wird also nicht durch schwerwiegende Konflikte zwischen den großen Religionsgemeinschaften der Sunniten, Schiiten und Christen wie viele andere Staaten belastet.

Allerdings ist Mali ein polyethnischer Staat ohne eine ethnische Mehrheit. Insgesamt wurden 30 ethnische Gruppen gezählt. Die größte Ethnie sind die Bambara (37 %), deren Sprache auch als eine herausragende Verkehrssprache in Mali dient und von vielen Maliern als Zweitsprache beherrscht wird. Größere andere Ethnien sind die Fulbe (14 %), die Senufo und die Soninke (je 9 %), die Dogon (8 %), die Songhai (7 %) und die Tuareg, für die keine Prozentangaben angeführt werden.<sup>24</sup> Amtssprache ist das Französische, die jedoch nur von 10 % der Bevölkerung beherrscht wird. 6.000 Franzosen leben in Mali. Über die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung der drei Nordregionen, also Azawads, waren keine genaueren Informationen zu erhalten. Außer den Tuareg sind hier auch mehrere der erwähnten anderen ethnischen Gruppen ansässig, vor allem in den Städten und Ortschaften. Das seit langer Zeit als Kriegervolk bekannte Berbervolkes der Tuareg, das zum großen Teil in nomadischer Wirtschaftsweise (Viehzucht und Handel) lebt und schon seit der Entstehung des Staates Mali die politischen Hauptkräfte für die Autonomie und dann die Unabhängigkeit Azawads stellt, bildet anscheinend nur in der Nordostregion Kidal eine eindeutige Mehrheit. Man schätzt, daß 1,5 bis 3 Millionen Menschen zu den Tuareg gehören, die außer in Mali auch in den Nachbarstaaten Algerien, Libyen, Niger und Burkina Faso leben. Es wurde nicht berichtet, daß die Verfechter der Unabhängigkeit Azawads auch Anspruch auf die von Tuareg besiedelten oder nomadisierend genutzten Gebiete der Nachbarstaaten Malis erheben. Es heißt sogar, daß Algerien sich nicht unbedingt an der Wiederherstellung der Einheit Malis interessiert war, weil es hoffte, daß die Tuareg aus Algerien nach Azawad abziehen werden, gleichgültig ob der neue Staat laizistisch oder islamistisch sein werde.<sup>25</sup> Ähnliche Überlegungen dürften dann auch in Libyen und vielleicht auch in Mauretanien zu vermuten sein. Alle drei Staaten beteiligen sich nicht an der Militärintervention zur Restaurierung der staatlichen Einheit Malis, unterstützen aber auch nicht die Separatisten. Aber aus allen drei Staaten sind auch Araber in unbekannter Anzahl an den Kampfverbänden der Separatisten wie der Islamisten beteiligt.

In Mali herrschte nach der Unabhängigkeit zunächst für über dreißig Jahre eine Einparteiendiktatur, ehe eine Massenbewegung im Jahre 1992 eine demokratische Verfassung und ein Mehrparteiensystem erstritt. In den folgenden zwei Jahrzehnten galt Mali als ein demokratisches und recht liberales Musterland, in dem Parlamentswahlen einen Wechsel der stärksten Partei ermöglichten und mit einer Presse, die zu den freiesten in Afrika gerechnet wurde. Das New Yorker Freedom House kategorisierte Mali noch für 2011 als „freies Land“,<sup>26</sup> für das folgende Jahr jedoch als „unfreies“.<sup>27</sup> In Mali herrscht ein gemäßigter Islam mit starken vorislamischen Wurzeln vor. Bei den regelmäßig stattfindenden Wahlen errang im Jahre 2007 das Wahlbündnis der *Alliance pour la Démocratie et le Progrès* 113 von 147 gewählten Parlamentssitze; 13 weitere Sitze waren für Auslandsmalier reserviert. Die politisch maßgebliche Rolle spielte in der Präsidentialrepublik jedoch nicht der Ministerpräsident, sondern der direkt gewählte Staatspräsident. Das war seit 2002 Amadou Toumani Touré (geb. 1948).

In der Sicht einiger Maliexperten war Mali in den vergangenen zwanzig Jahren nur eine Fassadendemokratie, in dem das nach dem Präsidenten benannte ATT-System durch „Korruption, schlechte Regierungsführung und chronisch niedrige Wahlbeteiligung“ gekennzeichnet gewesen sei und in die auch viele Nichtregierungsorganisationen verwickelt worden seien.<sup>28</sup> In der Hauptstadt Bamako beteiligten sich zuletzt nur 15 % der Wahlberechtigten an der Wahl. Es wird gesagt, daß Touré mit den Islamisten unter den Tuareg im Norden paktiert und sich an ihrem Waffen-, Drogen- und Menschenhandel bereichert habe und deshalb nicht tatkräftig gegen sie vorgegangen sei.<sup>29</sup>

Von Anfang hatte die Zentralmacht in Bamako sich mit den Tuareg im Norden Malis auseinanderzusetzen. Die Tuareg kämpften seit den 1990er Jahren wiederholt (1990-95, 2007-09) gegen die Zentralmacht für die Autonomie Azawads. Einen ersten Aufstand gab es bereits 1962-1964, also kurz nach der Unabhängigkeit Malis 1960, so daß die Tuareg die Unabhängigkeitserklärung Azawads im vorigen Jahr damit begründeten, daß sie bei der Eingliederung ihres Siedlungsgebietes in den Staat Mali nicht gefragt worden waren. 1957 hatte auch Frankreich einen unabhängigen Sahara-Staat in Betracht gezogen, so daß viele Malier vermuteten, daß Frankreich Drahtzieher hinter den Unabhängigkeitsbestrebungen Azawads sei.<sup>30</sup> Nach dem Untergang des Regimes und dem Tod Muammar al-Gaddafis im Oktober 2011 zogen viele seiner in der „Grünen Legion“, der Fremdenlegion Libyens, dienende Tuareg-Söldner mit ihren umfangreichen modernen Waffen und Fahrzeugen nach Mali und verstärkten somit die lokalen Tuareg-Kämpfer. Diese gründeten Ende 2011 die säkulare Unabhängigkeitsbewegung *Mouvement National de Libération de l’Azawad (MNL)*. Sie leitete im Januar 2012

eine militärische Offensive gegen die malischen Streitkräfte ein und beging Massaker an Soldaten und Zivilisten. Dennoch beharrte Präsident Amadou Toumani Touré auf einer friedlichen Konfliktlösung und auf Verhandlungen mit den Aufständischen. Das veranlaßte empörte Teile der Armee, insbesondere Angehörige der ermordeten Soldaten, unter dem in den USA ausgebildeten Hauptmann Amadou Haya Sanogo (geb. 1972/73) zum Putsch und Sturz des Präsidenten am 21. März 2012, dem sie vorwarfen, nicht entschieden genug gegen die Separatisten im Norden vorzugehen. Hinter dem Putsch standen nicht nur eine kleine Militärclique, sondern auch erhebliche Teile der Zivilgesellschaft, die sich über die korrupte politische Klasse ihres Landes empörte. Teile der Armee hielten jedoch weiterhin zum gewählten Präsidenten und unternahmen sogar später einen Gegenputsch, der jedoch scheiterte. Viele Offiziere der Gegenputschisten wurden verhaftet. Die Spaltung und Desorganisation der Armee gab die Gelegenheit zur erwähnten Ausrufung der Unabhängigkeit Azawads am 6. April 2012.

Bereits nach dem Putsch in Bamako hatte die ECOWAS mit einem Ultimatum die Rückgabe der Macht in Mali an die verfassungsgemäßen Institutionen gefordert und die Afrikanische Union die Mitgliedschaft Malis suspendiert. Am selben Tag, an dem die MNLA die Unabhängigkeit Azawads erklärte, also am 6. April 2012, schloß die ECOWAS ein Rahmenabkommen mit der Militärjunta in Bamako über die Rückkehr zur Demokratie, wobei sich jedoch die Junta (*Comité National pour le Redressement de la Démocratie et la Restauration de l'État, CNRDR*) die Oberaufsicht über die Redemokratisierung vorbehielt. Hierbei wurde den Putschisten Amnestie gewährt. Später erhielt ihr Anführer Sanogo die Privilegien eines ehemaligen Staatspräsidenten, einen Wohnsitz und ein lebenslanges Gehalt. Nach dem Rahmenabkommen trat Präsident Touré von seinem Amt zurück und ging ins Exil nach Senegal. Der Parlamentspräsident Dioncounda Traoré (geb. 1942) wurde erst für 40 Tage, dann für ein Jahr als Interimspräsident eingesetzt, und es wurde eine Übergangsregierung, darunter auch mit Parteigängern der Putschisten, gebildet. Anhänger der Putschisten stürmten am 21. Mai den Präsidentenpalast und schlugen Traoré bewußtlos. Nach zweimonatiger medizinischer Behandlung in Frankreich konnte er seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen. Am 10. 12. 2012 stürzte die Junta den Übergangspräsidenten und seine Regierung, woraufhin Interimspräsident Traoré einen neuen, der Junta genehmen Übergangsministerpräsidenten ernannte.

Die ECOWAS beschloß bereits am 26. April 2012 die Entsendung von 3.000 Soldaten nach Mali, was jedoch von der Junta in Bamako abgelehnt wurde. Am 1. September erbat die *Transitional Authorities*, also offenbar der Interimspräsident in Übereinstimmung mit der Übergangsregierung Malis, die militärische Unterstützung der ECOWAS zur Reorganisation

der Streitkräfte Malis und zur Wiederherstellung der territorialen Einheit des Landes. ECOWAS stellte drei Wochen später den Antrag auf Autorisierung des Einsatzes seiner *stabilisation force*, an denen sich 3.300 Soldaten aus mehreren Mitgliedsländern und aus dem Tschad beteiligen sollten, beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) nach Kapitel VII der Satzung der VN, das auch internationale militärische Erzwingungsmaßnahmen vorsieht. Der VN-SR forderte die Beschleunigung der Wiederherstellung der verfassungsgemäßen demokratischen Institutionen in Mali und die Nichtanerkennung der Junta *CNRDR*, aber die Unterstützung der durch die Junta eingesetzten staatlichen Übergangsautoritäten. Außerdem verlangte er Verhandlungen der Regierung in Bamako mit legitimen Vertretern der örtlichen Bevölkerung und mit den Rebellengruppen in Nordmali, die sich von den islamistischen Terrororganisationen trennen sollten. Der Generalsekretär der VN solle die Planung einer internationalen Truppe der ECOWAS und der AU unterstützen. Er rief ferner die Mitgliedstaaten der VN, die AU und die EU auf, die Streitkräfte Malis auszubilden und zu beraten.<sup>31</sup> Die EU stellte daraufhin in Aussicht, 200 Ausbilder und zusätzlich 250 Soldaten zu ihrem Schutz bereit zu stellen. Deutschland erklärte sogleich, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Drei Monate später, am 20. Dezember, verurteilte der VN-SR die fortgesetzte Einmischung der Junta in die Arbeit der Übergangsautoritäten und autorisierte den Einsatz einer afrikanisch geführten internationalen Unterstützungsmission in Mali (*African-led International Support Mission in Mali, AFISMA*) mit der Aufgabe, die malischen Streitkräfte wieder aufzubauen und sie bei der Rückeroberung Nordmalis zu unterstützen. Personen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, sollten vor Gericht und gegebenenfalls auch vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden.<sup>32</sup>

Mit dieser Resolution ließ sich das Eingreifen der französischen Truppen in Mali nur indirekt legitimieren, nämlich mit der Betonung der primären Verantwortlichkeit der malischen Regierung (*authorities*), ihre Bevölkerung zu schützen, der sie mit dem Hilferuf an Frankreich und die VN am 10. Januar 2013 zu entsprechen suchte. Nachträglich hat der VN-SR, auch mit den Stimmen Chinas und Rußlands, der französischen militärischen Aktion zugestimmt.

#### **4 Entstehung eines neuen gescheiterten Staates?**

Auffallend ist, daß die zahlenmäßige Stärke der Rebellengruppen offenbar sehr gering war, nämlich 1.500 Kämpfer von *Ansar al-Din* und je 500 von *ACMI* und *Mujao*.<sup>33</sup> Sie mochten in der Lage sein, das extrem menschenarme Azawad zu kontrollieren, aus dem bereits etwa

400.000, also ein Drittel der Bevölkerung, in den Süden Malis oder in die Nachbarländer, vor allem nach Mauretanien, Niger und Burkina Faso geflohen waren.<sup>34</sup> Die Hauptstadt Azawads, Gao, hatte 2009 87.000, Timbuktu 54.000 und Kidal 26.000 Einwohner. Die Mehrheit dieser Stadtbewohner war in den letzten Monaten geflohen, vor allem die Wohlhabenderen, die hinreichend mobil waren. Die Ärmeren mußten bleiben und arrangierten sich nicht selten mit den islamistischen Machthabern. Sie werden nun teilweise nach der Rückeroberung durch die französischen und malischen Truppen als Kollaborateure verfeimt, verhaftet oder ermordet.

Man kann sich eigentlich kaum vorstellen, wie 1.200 wie auch immer gut Bewaffnete den Süden des Landes in der Größe Frankreichs mit 13,2 Mill. Einwohnern hätten erobern oder gar beherrschen können, wie man angeblich befürchtete. Denn nach den erwähnten Schätzungen sollten offenbar 1.300 Mann weiterhin die islamistische Herrschaft im Norden absichern. Mit ihren reichlichen finanziellen Mitteln und mit Zwang hätten die Islamisten kaum Tausende neuer Krieger im Süden mobilisieren und ausrüsten können, die zur Eroberung ganz Malis erforderlich wären. Selbst wenn die malische Armee mit ca. 4.000 Mann schlecht ausgerüstet und „technisch und mental in einem katastrophalen Zustand“<sup>35</sup> war, so gab es auch die Bereitschaft, mit neu gebildeten Milizen die Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung in Mali zu unterstützen.<sup>36</sup> Gleichzeitig heißt es, daß in Mali ein recht liberaler, undogmatischer Islam praktiziert wird, die Bevölkerung also nicht für einen extremistischen Islamismus mobilisierbar ist. Es spricht also sehr wenig dafür, daß Mali ein „neues Afghanistan“, ein „neues Vietnam“ oder ein „neues Somalia“ werden könnte. Frankreich fühlte sich offenbar allein stark genug, mit wenigen tausend Mann und mit einigen malischen Truppen zumindest die drei Hauptstädte des Nordens rasch erobern zu können. Das gelang auch innerhalb von 19 Tagen. Es wollte offensichtlich seine eigenständige Großmachtrolle demonstrieren und erst im Notfall NATO-Verbündete um Bodentruppen bitten. Vorzug als Partner hätte in einem solchen Falle wohl Deutschland gefunden, obwohl die Bundeswehr im Unterschied zu den britischen oder selbst den polnischen Truppen keinerlei Erfahrung im Wüstenkrieg hat. Frankreich sah sich schon bei früheren Konflikten in Nordafrika, etwa in Ruanda und im Kongo, in Konkurrenz zum angelsächsischen Einfluß in dieser Weltregion. Die afrikanischen Truppen aus mehreren Ländern (zunächst aus Tschad, Nigeria, Niger, Burkina Faso, Senegal, Togo und Benin, dann auch Ghana, Guinea und Elfenbeinküste), deren Zahl von ursprünglich 3.300 nach Beschlüssen der AU auf über 7.000 erhöht werden sollen und die nach und nach in Mali eingeflogen werden oder von Niger her am Boden vordringen, dienen offenbar nur zur Absicherung des Südens und der von den Islamisten befreiten Gebiete.

In Deutschland wurde darüber gestritten, ob Regierung und Bundestag von sich aus Frankreich den militärischen Beistand der Bundeswehr anbieten sollte. Dafür sprachen sich Bundestagspräsident Norbert Lammert und General a. D. Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, aus. Daß nicht an eine Europäisierung der Interventionsstreitmacht gedacht wurde, etwa unter Einschaltung einer EU-Kampfgruppe (*battle group*), bedauern manche in Deutschland wie Walter Ischinger.<sup>37</sup> Sie benutzen die Malikrise, um wieder einmal ihren Wunsch vorzubringen: „Deutschland kann sicherheitspolitisch nicht in der dritten Reihe in Europa stehen. Unser Platz ist mit Frankreich, Großbritannien und einigen anderen vorne. Wir müssen Führungsverantwortung mit übernehmen – nicht nur beim Management der Euro-Krise, wo manche ja über angebliche deutsche Diktate klagen.“<sup>38</sup> Obwohl Deutschland keine relevanten eigenen Wirtschaftsinteressen wie Frankreich in Nordafrika zu verfechten hat, wollen einige Politiker und Militärs die Malikrise zu einer Stärkung der militärpolitischen Rolle Deutschlands in Europa nutzen. Sie erinnern an die politische Isolation Deutschlands durch seine als peinlich empfundene Absage an eine Beteiligung am Libyenkrieg. Mehrere Mitglieder der Regierung und Regierungsparteien sprachen sich hingegen gegen einen Kampfeinsatz der Bundeswehr aus und führten als Argument ins Feld, daß Deutschland nach den USA zur Zeit mit 5.800 Mann die meisten Soldaten im Auslandseinsatz habe. Sie dürften die kommenden Bundestagswahlen und die Abneigung der meisten Deutschen gegen einen weiteren Auslandseinsatz im Blick haben, obwohl bislang keine Meinungsumfragen zu diesem Thema veröffentlicht wurden. Die SPD und die Grünen halten sich bislang in dieser Frage auffallend zurück, während die Linke sich in der Logik ihrer bisherigen Politik entschieden dagegen ausspricht.

## **5 Koordination von militärischer Stabilität und ziviler Entwicklung von Gesellschaft und Staat**

Was wäre in dieser Situation ratsam? Eine Duldung des islamistischen Eroberungszuges und der Terrorisierung der Bevölkerung wäre selbst vom Standpunkt einer strikt gewaltfreien Politik nicht zu vertreten gewesen, da es auch kaum Ansatzpunkte für einen gewaltlosen Widerstand gegen die islamistische Expansion und Herrschaft gab. Auch wenn es eher unwahrscheinlich scheint, daß die Islamisten ganz Mali hätten erobern können, vor allem, wenn die malische Armee Unterstützung von ECOWAS-Truppen erhalten hätte, so hat die überlegene französische Militärintervention trotz ihrer vielen Opfer vermutlich ein noch größeres, längeres Blutvergießen in den Hauptteilen Malis verhindert. Frankreich hat anscheinend kein Inter-

esse, länger größere Bodentruppeneinheiten in Mali zu belassen; aus den Befreiern könnten bald in den Augen vieler Malier Besatzer werden, auch wenn sie gegenwärtig eher als Schutz vor Repressalien der malischen Truppen und Regierungsmilizen dienen könnten. Militärisch sinnvoll bleibt es, durch eine Beibehaltung der französischen Lufthoheit die Ansammlung größerer Kampfverbände zu verhindern. So steht ein lang anhaltender Kleinkrieg im Norden Malis in Kombination mit Terroranschlägen in Aussicht.

Weit wichtiger und schwieriger als die militärischen Aufgaben sind die nunmehr vorhersehbaren politischen. Da die Europäische Union mit 200 Mann und weiteren 250 Soldaten zu deren Schutz in Zukunft die Armee Malis ausbilden und ausrüsten will, muß sie die Frage beantworten, welche Teile der Armee sie stärken will, die zur Zeit vorherrschenden putschistischen oder die gegenputschistischen im Bündnis der diskreditierten des ATT-Regimes oder beide. Am besten wäre es, eine politische Idee zu entwickeln, wie sie die Versöhnung innerhalb der Streitkräfte und der politischen Kräfte in Bamako und im Süden betreiben will, ganz abgesehen von der Frage, ob und wie die besiegten Tuareg in die Armee und in die nach Willen der VN zu „restaurierende Verfassungsordnung“ eingeschlossen werden sollen und können. Die proklamierte „Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Institutionen“ verschleiert die Notwendigkeit, diese Institutionen gründlich zu reformieren und endlich zu dezentralisieren, wie schon seit Jahrzehnten versprochen. Dies schließt auch eine Antwort auf die Frage ein, welche Teile der Nordbevölkerung in die nationale Aussöhnung und politische Kompromißbildung einbezogen werden sollen und können: nur die von den Islamisten und Separatisten unterdrückten und vertriebenen? Auch die säkularen Separatisten? Oder auch die gemäßigten Islamisten? Bereits zwei Wochen nach Beginn der französischen Militärintervention bot eine Abspaltung von *Ansar al-Din* in der Region Kidal, die sich Islamische Bewegung von Azawad (*Mouvement Islamique de l'Azawad, MIA*) nennt und anscheinend aus ehemaligen *MNLA*-Mitgliedern der Tuareg besteht, der Regierung Verhandlungen über eine friedliche Konfliktbeilegung an.<sup>39</sup> Friedenspolitisch sind also mehrere Klüfte zu überbrücken: die zwischen den alten herrschenden Eliten und den vielen Parteigängern der Putschisten im Süden und im Norden die zwischen den Promali-Kräften, den säkularen Verfechtern der Unabhängigkeit Azawads und den gemäßigten islamistischen Parteigängern bzw. ihren „Kollaborateuren“ in den letzten Wochen.<sup>40</sup> Dabei sollten auch traditionelle Gewohnheiten der interethnischen Konfliktregulierung in einer immer noch überwiegend analphabetischen Bevölkerung die man „Spaßverwandtschaften“ nennt,<sup>41</sup> genutzt werden, nicht nur auf moderne demokratische und rechtsstaatliche Verfahrensweisen gesetzt werden, mit denen bislang vor allem zur Massen-



manipulation neigende Minderheiten umzugehen wissen. Konzepte einer Konsensdemokratie sind für die zerklüftete Gesellschaft Malis weit geeigneter als Form der Mehrheitsdemokratie. Internationale und nationale ökonomische Wiederaufbauhilfe sowie Hilfsangebote von Internationalen Nichtregierungsorganisationen sollten auf einer kompetenten Analyse der gesellschaftlichen Bruchlinien und Kräfteverhältnisse aufbauen, wollen sie nicht blauäugig nur einzelne Fraktionen im Regierungssystem und im Militär und ihnen genehme zivile Organisationen unterstützen, die es verstehen, sich den externen Helfern am geschicktesten anzubiedern. Nur bei einem gesamtgesellschaftlichen Aussöhnungsprozeß können auch die schweren ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Herausforderungen angegangen werden.

## **6 Die wahrscheinliche Etablierung eines bewaffneten Dauerkonflikts**

Aller Voraussicht wird der rasche militärische Erfolg der Interventionsstreitkräfte oberflächlich das Land befrieden und formell wieder einen, also die De-facto-Staatlichkeit Azawads beseitigen. Große Teile der nördlichen Regionen dürften sich jedoch weiterhin der Kontrolle durch die Regierung und die Streitkräfte Malis und auch der Interventionstruppen entziehen, die den ortskundigen beweglichen bewaffneten Verbänden kaum etwas entgegensetzen können. Zu befürchten ist, daß erst einmal den Rachebedürfnissen der von den Franzosen zu Siegern gemachten Kräfte freier Lauf gelassen wird, der friedenspolitisch erforderliche gesamtgesellschaftliche Ausgleich also nicht zustande kommt. Bis zum 31. Juli sollen Wahlen eine neue legitime Regierung an die Macht bringen, wobei es bis heute völlig unklar ist, ob es die alten, korrupten Eliten oder die die Putschisten unterstützenden gesellschaftlichen Kräfte verstehen, erfolgreich eine Wählermehrheit zu organisieren. Für beide ist es sicher nicht opportun, auf die Minderheit der Tuareg im Norden zuzugehen, deren Zustimmung oder zumindest Duldung des Staates Mali für seine Stabilisierung unerläßlich ist. Weitsichtige, Popularität genießende oder gewinnende Persönlichkeiten, die die Einigung des Landes und die Versöhnung seiner Ethnien und Parteiungen im Blick haben, sind bislang nicht erkennbar. Auch vom vielstimmigen Staatenchor der ECOWAS, der AU, der EU und der VN ist nicht zu erwarten, daß er den Herausforderungen an eine Erneuerung Malis gewachsen ist. Ein erfreulicher, friedensförderlicher Faktor könnte sein, daß offenbar kein Staat bestrebt ist, die Islamisten und Separatisten mit neuen Waffen auszustatten, so daß die Vernichtung eines erheblichen Teils der aus Libyen mitgebrachten und von den malischen Streitkräften erbeuteten Fahrzeuge und Waffen durch die überlegenen französischen Streitkräfte einen umfassenderen Bürgerkrieg und eine erneute regionale Machtergreifung der Aufständischen verhindert haben könnte.

---

## Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Auch der französische Außenminister Laurent Fabius deutete bereits im August 2012 an, daß die internationale Gemeinschaft wohl eingreifen müsse, laut Der Spiegel vom 20. August 2012, S. 92.
- <sup>2</sup> Security Council/10698 in: [http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/2056%282012%29](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2056%282012%29).
- <sup>3</sup> Scheen, Thomas: Talib, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Januar 2013, S. 10.
- <sup>4</sup> AQMI entstand 2007 aus der *Groupe salafiste pour le combat et la prédication (GSPC)*. Detaillierte Informationen über das vernetzte Führungspersonal der islamistischen Gruppierungen enthält Soudan, François: Les nouveaux maîtres du Mali, in: Jeune Afrique Nr. 2698 vom 23.-29. September 2012.
- <sup>5</sup> Wiedemann, Charlotte: Die Krise in Mali. Demokratie für wen? Krieg gegen wen? Die Rolle der Zivilgesellschaft, die Verursacher der Krise und die Bedeutung religiöser Akteure, Dezember 2012, in: <http://www.boell.de/weltweit/afrika/afrika-studie-krise-in-mali-wiedemann-16291.html>, S.
- <sup>6</sup> Nwakamna, Obi: Boko Haram – Nigerias entfremdete Söhne, in: Neue Zürcher Zeitung vom 8. Februar 2012. Siehe auch Human Rights Watch: Spiraling Violence. Boko Harams Attacks and Security Force Abuses in Nigeria, 2012, in: <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/nigeria1012webwcover.pdf>, S. 30-32.
- <sup>7</sup> Scheen, Thomas/ Wiegel, Michaela: Hollandes Alleingang, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 13. Januar 2013, S. 3.
- <sup>8</sup> Ehrhardt, Christoph: Blutspur in die Sahara, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 2013, S. 2.
- <sup>9</sup> Mben, Paul Hyacinte/ Puhl, Jan: Die Tore der Hölle, in: Der Spiegel vom 21. März 2013, S. 86.
- <sup>10</sup> Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 14. Januar 2013, S. 2.
- <sup>11</sup> Der Tagesspiegel vom 17. Januar 2013.
- <sup>12</sup> Anti-Terroreinsatz in Mali wird verstärkt, Deutschlandradio vom 13. Januar 2013, <http://www.dradio.de/aktuell/1977034/>.
- <sup>13</sup> Für Sicherheit in Afrika und Europa, in: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/01/2013-01-16-besuch-ouattara.html>.
- <sup>14</sup> Interview in „Die Welt“ vom 31. Januar 2013: „Unsere Sicherheit wird in Timbuktu verteidigt“.
- <sup>15</sup> Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Januar 2013, S. 6.
- <sup>16</sup> Laut Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 13. Januar 2013, S. 3.
- <sup>17</sup> Mben (Anm. 9), S. 84.
- <sup>18</sup> Scheen, Thomas: Auf sich allein gestellt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 2013, S. 3.
- <sup>19</sup> So Außenminister Guido Westerwelle, laut Mben (Anm. 9), S. 93.
- <sup>20</sup> Laut Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 2013, S. 2.
- <sup>21</sup> Im einzelnen: Timbuktu umfaßt 409.000 qkm mit 682.000 Einwohnern, Gao 171.000 qkm mit 544.000 Einwohnern, Kidal 151.000 qkm mit 68.000 Einwohnern im Jahre 2009.
- <sup>22</sup> Hiller, Christian von: Mali – das sagenhafte Reich voller Gold und Bodenschätze, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Januar 2013, S. 10.
- <sup>23</sup> Lerch, Wolfgang Günter: Timbuktu – Das war nicht nur Gold, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 2013, S. 10.
- <sup>24</sup> Der neue Fischer Weltatlas 2013, Frankfurt 2012, S. 300. Wikipedia gibt davon abweichende Zahlen an: <http://de.wikipedia.org/wiki/Mali> (abgerufen am 20.1.2013).
- <sup>25</sup> Scheen, Thomas: Unheilige Allianz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Januar 2013, S. 6.
- <sup>26</sup> Freedom House, Mali, in: <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2012/mali>.
- <sup>27</sup> Freedom House, Mali, in: <http://www.freedomhouse.org/country/mali>.
- <sup>28</sup> Wiedemann (Anm. 5), S. 4; ähnlich auch Lacher, Wolfram/ Tull, Denis M.: Mali: Jenseits von Terrorismusbekämpfung, SWP-Aktuell 9 vom Februar 2013, S. 4.
- <sup>29</sup> Lacher/ Tull (Anm. 28), S. 2.
- <sup>30</sup> Wiedemann (Anm. 5), S. 10.
- <sup>31</sup> Security Council SC/10789 in: [http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/2071%282012%29](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2071%282012%29)
- <sup>32</sup> Security Council, S/RES/2085 (2012), in: [http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/2085%282012%29](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2085%282012%29)
- <sup>33</sup> Gebauer, Matthias/ Stark, Holger: „Löwe der Wüste“, in: Der Spiegel Nr. 4 vom 21.3.2012, S. 85.
- <sup>34</sup> Die Angaben über Flüchtlingszahlen variieren erheblich, zum Teil auch deshalb, weil viele Flüchtlinge versuchen, privat unterzukommen, also nicht in Flüchtlingslager zu gehen, siehe etwa: [http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/spenden/online-spenden/nothilfe-mali.html?gclid=CNrU\\_-WkI7UCFYdd3god8IAAxg](http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/spenden/online-spenden/nothilfe-mali.html?gclid=CNrU_-WkI7UCFYdd3god8IAAxg); <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-01/mali-frankreich-fluechtlinge>.
- <sup>35</sup> Mben (Anm. 9), S. 86.
- <sup>36</sup> Puhl, Jan: Die dunkle Bedrohung, in: Der Spiegel vom 20. August 2012, S. 91.

---

<sup>37</sup> In einem Interview mit „Die Welt“ vom 31. Januar 2013 unter dem Titel „Unsere Sicherheit wird in Timbuktu verteidigt. Auch Markus Kaim propagiert die Nutzung der EU-Battlegroups, in: Deutschland und das internationale Konfliktmanagement in Mali, SWP-Aktuell 8, Januar 2013.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Mari, Jean-Paul: Mali: l’appel du MIA à Kidal, in: Le nouvel observateur vom 31.1.2013, abrufbar unter <http://tempsreel.nouvelobs.com/guerre-au-mali/20130130.OBS7183/mali-l-appel-du-mia-a-kidal.html>. Siehe auch: Malische Islamisten gespalten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 2013, S. 1.

<sup>40</sup> Auf diese Schwierigkeiten verweisen im einzelnen Lacher/ Tull (Anm. 28), S. 3-4.

<sup>41</sup> Wiedemann (Anm.5), S. 8,